

Smeets, Heinz-Dieter

Article — Digitized Version

Währungspolitische Probleme der DDR

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Smeets, Heinz-Dieter (1989) : Währungspolitische Probleme der DDR, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 69, Iss. 12, pp. 605-609

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136587>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Heinz-Dieter Smeets

Währungspolitische Probleme der DDR

Mit der Öffnung der Grenzen hat der künftige währungspolitische Kurs entscheidende Bedeutung für die weitere wirtschaftliche, aber auch die innenpolitische Entwicklung in der DDR erlangt. Welche Optionen haben die politisch Verantwortlichen, welche Chancen und Risiken sind damit jeweils verbunden? In welchem Zeitrahmen erscheint der Übergang zur Konvertibilität der Ost-Mark realisierbar? Im folgenden analysieren Dr. Heinz-Dieter Smeets sowie Dr. Franz Peter Lang und Professor Renate Ohr die Probleme und Perspektiven der DDR-Währungspolitik.

Seit der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze am 9. November 1989 taucht immer wieder die Frage auf, wie ein „marktgerechter“ Kurs der Ost-Mark gegenüber der DM auszusehen habe. Trotz des grundsätzlichen Ausfuhrverbots von Ost-Mark haben seit der Grenzöffnung viele Besucher aus der DDR in der Bundesrepublik zum Teil erhebliche Beträge an Ost-Mark umgetauscht, um sich auf diese Weise ihre aufgestauten Konsumwünsche in stärkerem Maße (als durch das Begrüßungsgeld möglich) erfüllen zu können. Der dabei am ersten Besuchswochenende geltende Kurs von durchschnittlich etwa 1 DM für 10 Ost-Mark wurde von offiziellen Stellen der DDR zwar als „Schwindelkurs“ bezeichnet, hielt die Besucher aus der DDR aber keineswegs vom Tausch ab.

Dennoch reagierten auch viele DDR-Bürger auf das Umtauschverhältnis zwischen DM und Ost-Mark mit Unverständnis – eine Haltung, die verständlich ist, wenn man die Betrachtung auf den Preisindex der Lebenshaltung, wie er in der Bundesrepublik definiert wird, beschränkt. Auf dieser Grundlage wäre ein Wechselkurs von 1:1 sogar vorstellbar, liegen doch die Preise für Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs häufig unterhalb des bundesdeutschen Niveaus, während Güter und Dienstleistungen gehobenen Niveaus weit darüber liegen, wenn sie denn überhaupt verfügbar sind.

Gleichen sich diese Tendenzen im entsprechenden Warenkorb aus, so ließe sich der offizielle Kurs der DDR möglicherweise auf diese Art und Weise begründen.

Solche Überlegungen vernachlässigen allerdings die Interdependenz der Märkte. Liegen administrative Beschränkungen auf den Güter- und Kapitalmärkten vor oder existieren solche Märkte überhaupt nicht und verbietet weiterhin das Devisengesetz der DDR die Einfuhr und Ausfuhr von Ost-Mark, dann wirken diese Verhältnisse zwangsläufig auf den Devisenmarkt zurück. Angebotsbeschränkungen auf den vorgenannten Märkten begrenzen somit auch das Devisenangebot. Denn wofür sollte man DM anbieten und entsprechend Ost-Mark nachfragen, wenn für bundesdeutsche Wirtschaftssubjekte aus ökonomischen und/oder juristischen Gründen nicht die Möglichkeit besteht, Waren und Dienstleistungen in der DDR nachzufragen oder dort zu investieren.

Vor dem Hintergrund insbesondere des generellen Einfuhrverbots von Ost-Mark stellt sich dann aber die Frage, warum überhaupt ein Devisenangebot existiert. Zum Teil handelt es sich hierbei wohl um ein DM-Angebot (bzw. eine Ostmark-Nachfrage) westlicher Spekulanten.

Hinzu kommt, daß ein Teil der Besucher aus der DDR ihr Begrüßungsgeld (teilweise) in Ost-Mark umtauscht. Ferner vermutet man aber auch, daß sich andere Ostblockstaaten auf diese Weise billig Ost-Mark beschaffen, um Schulden gegenüber der DDR zu tilgen, und daß die DDR-Staatsbank selbst die Gelegenheit nutzt,

Dr. Heinz-Dieter Smeets, 37, lehrt als Privatdozent Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth.

um mit einem Minimum an Devisen den Geldüberhang in der DDR abzuschöpfen.

Die Kursentwicklung hängt aber nicht nur von den Angebotsbedingungen am Devisenmarkt ab, sondern ebenso sehr von der Devisennachfrage. Ein Anstieg der Devisennachfrage (d.h. des Ostmark-Angebots) zum Beispiel hätte unter sonst gleichen Bedingungen eine weitere Abwertungstendenz der Ost-Mark zur Folge. Eine solche Entwicklung zeichnete sich bereits am zweiten Reisewochenende ab, als Ost-Mark nur noch im Verhältnis 1:20 getauscht wurde, was einer hundertprozentigen Abwertung entsprach.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen zeigt sich folglich, daß der gegenwärtig zu beobachtende Kursverfall der Ost-Mark bei weitem kein Marktversagen ausdrückt. Ganz im Gegenteil – die „Aufpasserfunktion“ flexibler Wechselkurse erfüllt auch hier ihre Aufgabe, indem sie eine marktgerechte Bewertung des gegenwärtigen Wirtschaftssystems der DDR vornimmt. Erst wenn die angekündigten Wirtschaftsreformen tatsächlich und in hinreichendem Umfang stattfinden, kann man auch mit einem Umschlagen der Erwartungen rechnen, die bereits frühzeitig Vertrauen signalisieren könnten, das sich dann in einer Aufwertung der Ost-Mark niederschlagen dürfte.

Kassenhaltungsinflation

Mit den geschilderten Nachfrageverschiebungen wurde bereits ein dynamisches Element in die Analyse hineingebracht, das nun noch etwas vertieft werden soll. Da Warenkörbe wie der Preisindex der Lebenshaltung nicht in absoluten Preisen notiert werden, sondern gewöhnlich nur in ihrer zeitlichen (relativen) Entwicklung, wird die Kaufkraftparitätentheorie zumeist auch nur in einer solchen relativen Ausprägung verwandt. Sie besagt dann, daß sich der Wechselkurs gemäß der relativen Preisentwicklung in den betrachteten Ländern entwickelt. Ein Land, das stärker inflationiert als seine Nachbarn, wird sich folglich einer Abwertung seiner Währung gegenübersehen und umgekehrt.

Damit sind wir bei einem weiteren Problem der DDR-Währung. In der DDR gibt es zwar keine offene Inflation, da sich der Geldmengenüberhang aufgrund der staatlich festgesetzten Preise kein Ventil in diese Richtung schaffen kann. Vielmehr kommt es zu einer zurückgestauten oder sogenannten Kassenhaltungsinflation, die entsteht, weil der inflationär aufgeblähten Nachfrage kein entsprechendes Angebot gegenübersteht und dadurch Horte aufgebaut werden. Schätzungen gehen davon aus, daß es sich hierbei um etwa 150 Mrd. Ost-Mark handelt. In erheblichem Maße sind es nun diese Horte,

die gegenwärtig an die westlichen Märkte fließen und dort – in Übereinstimmung mit der Kaufkraftparitätentheorie – zum Kursverfall der Ost-Mark führen.

Schon diese „Alllasten“ in Form bestehender Horte zeigen, daß die DDR-Regierung in Zukunft in wesentlich stärkerem Maße als bisher eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik betreiben muß, will sie sich nicht auch in Zukunft realen Abwertungen ihrer Währung gegenübersehen. Dabei ist es, wie oben erläutert, im Prinzip unerheblich, ob der Ausgangspunkt bei einer zurückgestauten oder – etwa nach einer Preisreform – bei einer offenen Inflation liegt. Wichtig ist auf jeden Fall, daß man auch in der DDR den grundsätzlich monetären Charakter der Inflation erkennt, deren Ursache nur zu häufig die Finanzierung des Staatsbudgets darstellt. Abschied nehmen muß man hingegen von der überkommenen Vorstellung einer ausschließlich kostenbedingten Inflation.

Die bisherigen Überlegungen zeigen aber auch, wo kurz- und längerfristige Ansatzpunkte für eine währungspolitisch wirkungsvolle Strategie der DDR liegen sollten. Geht man einmal davon aus, daß die Devisennachfrage der nächsten Zeit zu einem erheblichen Teil den Wunsch der DDR-Besucher widerspiegelt, Güter in der Bundesrepublik zu kaufen, so läßt sich der Verlauf dieses Teils der Nachfrage aufgrund der Nachholeffekte wohl kaum wesentlich beeinflussen; es sei denn, das Währungsausfuhrverbot wird konsequent überwacht. Gelingt eine solche Restriktion vollkommen – was allerdings, wie die Erfahrung lehrt, nicht zu erwarten ist –, dann verschwindet die (private) Nachfrage von den westlichen Märkten, die dadurch weitgehend ihre Grundlage verlieren.

Der neue Devisenfonds

Dies erfordert aber auch, daß die DDR ihre Bürger aus anderen Quellen mit Devisen versorgt, um deren West-Reisen zu finanzieren. Hierzu wurde jüngst ein staatlicher Devisenfonds in Höhe von 3 Mrd. DM für die Dauer von zunächst zwei Jahren vereinbart, an dem sich die Bundesrepublik mit jährlich 2,25 Mrd. DM beteiligen will. Aus diesem Fonds können DDR-Bürger 100 DM zum Kurs von 1:1 und weitere 100 DM zum Kurs von 1:5 erwerben. Obgleich noch keine verbindlichen Regelungen vorliegen, soll die Vereinbarung wohl so ausgestaltet werden, daß ein Tausch sowohl in der DDR als auch bei bundesdeutschen Banken vorgenommen werden kann. Der Teil an Ost-Mark, der auf diesem Wege zu bundesdeutschen Banken gelangt, soll wiederum über die Deutsche Bundesbank an die DDR zurückgeleitet werden, um dort insbesondere Infrastrukturmaßnahmen

men zu finanzieren. In welchem Umfang sich der Tausch auf die DDR und die Bundesrepublik verteilt, ist im Moment nicht abzusehen. Gleichwohl lassen sich einige allgemeine Überlegungen zu dieser Regelung anstellen: Da beim Tausch zugeflossene Ost-Mark an die DDR zurückgeleitet werden sollen, entspricht der bundesdeutsche Anteil am Devisenfonds zugleich in voller Höhe einer Subvention an die DDR. Die bundesdeutsche Beteiligung umfaßt jährlich etwa 0,1 Prozent des nominalen Bruttosozialprodukts der Bundesrepublik im Jahre 1988 und wird daher in der Tat wohl keine besondere Belastung für den Bundeshaushalt darstellen. Benutzt die Bundesbank wiederum Beträge aus dem Devisenfonds, also vorher dem Kreislauf entzogene Beträge, um den Tausch der Ost-Mark gegenüber den Banken zu gewährleisten, gehen hiervon keine monetären Wirkungen aus.

Unter den zuvor genannten Bedingungen sind die vereinbarten Wechselkurse (teilweise 1:1 und teilweise 1:5) hingegen nur für die DDR von Interesse, denn sie erhält im Gegenzug rund 9 Mrd. Ost-Mark jährlich. Würde man dieses Geld entgegen den jetzigen Vorstellungen dem Kreislauf entziehen, wäre es ein erster – wenn auch sicherlich kleiner – Schritt zum Abbau des Geldüberhangs. Diese Möglichkeit einer „stillen“ Währungsreform ließe sich sogar noch intensivieren, wenn man das nun geltende Tauschverhältnis im Durchschnitt verschlechtern würde. Einheitliche Regelungen sowohl hinsichtlich des Wechselkurses (200 DM zum Kurs von 1:3) als auch hinsichtlich der Tauschmöglichkeit (nur in der DDR oder nur in der Bundesrepublik) hätten zudem wenigstens einen Teil der insgesamt nicht unerheblichen Verwaltungs- und Kontrollkosten erspart. Falls man bei der Spaltung des Wechselkurses von einer hohen Elastizität der DM-Nachfrage ausgegangen ist, nur so wäre diese Regelung eigentlich zu verstehen, entbehrt diese Annahme wohl jeder Grundlage. Denn angesichts der aufgestauten Konsumwünsche und der parallel dazu bestehenden Horte ist kaum damit zu rechnen, daß die DDR-Bürger auf einen Tausch der zweiten 100 DM verzichten, nur weil sich der Wechselkurs in vergleichsweise kleinem Maße verschlechtert.

Andere Vorschläge

Daneben standen aber auch andere Vorschläge zur Diskussion, deren Implikationen trotz der aktuellen Fondslösung aufgezeigt werden sollen. Diese Vorschläge gingen in der Regel von einem im Ausmaß nicht fixierten ausschließlichen Devisentausch durch die Bundesrepublik Deutschland aus. Dabei gilt es grundsätzlich zu bedenken, daß jeder staatlich garantierte Kurs unter dem Markt-Kurs einer verdeckten Devisenhilfe an

die DDR entspricht, und zwar genau in Höhe der Differenz zwischen Markt-Kurs und tatsächlich berechnetem Kurs multipliziert mit der Devisenmenge. Nimmt man einmal den Vorschlag, jedem DDR-Bürger 500 Ost-Mark zum garantierten Kurs von 1:1 zu tauschen, als Beispiel, so hätte dies bei einem Markt-Kurs von 1:10 bereits einem Subventionsanteil von 450 DM je DDR-Bürger entsprochen, bei einem Markt-Kurs von 1:20 hätte der Subventionsanteil sogar 475 DM betragen. Bei 10 Millionen Visa an DDR-Bürger wäre dies einer Gesamtsubvention von mindestens 4,5 Mrd. DM oder etwa 0,2 Prozent des nominalen Bruttosozialprodukts gleichgekommen. Bei einem Devisentausch durch die Bundesregierung hätte dies den Bundeshaushalt in der zuvor erläuterten Größenordnung belastet.

Bei einem Tausch allein durch die Deutsche Bundesbank – also ohne eine begleitende Verknappung des Kreislaufs durch die Bundesregierung, wie sie die jetzige Fondslösung vorsieht – wäre es hingegen zu ähnlichen Effekten gekommen, wie sie bei festen Wechselkursen und überbewerteten Währungen auftreten. Die Geldbasis wäre durch den Ankauf der Ost-Mark gestiegen, und zwar im obigen Beispiel um rund 2 Prozent gemessen am Bestand Ende 1988. Hierbei handelt es sich um eine Größenordnung, die gewiß durch eine kompensierende Politik bei der Refinanzierungskomponente der Geldversorgung hätte sterilisiert werden können. Hiermit eventuell verbundene Zinssteigerungen hätten dann aber auch eine Sonderform des crowding-out (Verdrängungseffekte) zur Folge. Es würde nämlich bundesdeutsche Nachfrage zugunsten von DDR-Nachfrage zurückgedrängt.

Die oben erläuterten Anteile am Sozialprodukt oder der Geldbasis hätten sich noch erhöht, wenn Garantien für weitere Tauschbeträge hinzugetreten wären. Noch bedenklicher wäre aber wohl eine unbegrenzte Annahmeverpflichtung der Bundesrepublik zu einem Kurs von 1:4 oder 1:5 gewesen, die ebenfalls vorgeschlagen wurde. Geht man im Extremfall von einem Zufluß der geschätzten DDR-Horte in Höhe von 150 Mrd. Ost-Mark aus und würde dieser Betrag zum garantierten Kurs von 1:5 getauscht, entspräche dies etwa 2 Prozent des nominalen Bruttosozialprodukts und etwa 15 Prozent der Geldbasis. Bei Abwicklung über die Deutsche Bundesbank hätte damit ein gewaltiges Inflationspotential in der Bundesrepublik geschaffen werden können, dessen Sterilisation wohl kaum mehr möglich gewesen wäre.

Alle „Staatsgarantien“ von westlicher Seite – und das gilt auch für die aktuelle Fondslösung – sind darüber hinaus mit dem Nachteil behaftet, daß sie in mehr oder weniger starkem Maße den Druck von der DDR nehmen, durch Wirtschaftsreformen für entsprechende Anreize im Inneren zu sorgen.

Welche Gründe könnten aber die DDR über dieses letzte Argument hinaus veranlassen, sich für eine grundsätzlich administrative „Lösung“ der Devisenfrage zu entscheiden? Hier dürfte das Problem in erster Linie in der Tatsache liegen, daß Devisen einen Anspruch gegen das Bruttosozialprodukt des Auslands darstellen. Mit zunehmendem Kursverfall bedeutet dies, daß immer mehr Ost-Mark in die Bundesrepublik fließen. Vor dem Hintergrund der oben angeführten Devisen-Definition sehen die DDR-Behörden hierin wiederum die Gefahr eines „Ausverkaufs“ der DDR-Wirtschaft. Bereits in der Vergangenheit war eine Tendenz dahingehend zu beobachten, subventionierte DDR-Waren mit billiger Ost-Mark zu kaufen, um sie dann im Ausland teuer zu verkaufen. Diese Arbitragemöglichkeit besteht jedoch nur so lange, wie die DDR ihre Preise (für handelsfähige Güter) vom Weltmarkt abkoppelt. Ferner nimmt die private Ausfuhr von Sachwerten (z.B. Antiquitäten, Schmuck usw.) zu, um durch einen Verkauf im Westen Devisen zu erlangen. Auch hier griff man wiederum zum staatlichen Verbot.

Alternativen

Eine Alternative zu der oben skizzierten administrativen Regelung, die – ökonomisch gesehen – kaum einen Fortschritt darstellt, wäre daher in einer Politik zu sehen, die eine Ausweitung des Devisenangebots (d.h. der Ostmark-Nachfrage) und damit ceteris paribus eine Aufwertung der Ost-Mark nach sich ziehen würde. Eine solche Entwicklung könnte sich bereits im Gefolge der soeben beschlossenen Reisefreiheit für Bundesbürger in die DDR einstellen. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß zugleich die Anreize zur Umgehung des offiziellen Tausches in der DDR wegfallen. Hierzu gehört unter anderem der für Bundesbürger auch weiterhin geltende Kurs von 1:1 in Verbindung mit dem Einfuhrverbot für Inlandswährung, wenn es denn einer strengen Kontrolle unterliegt. Eine noch weit gravierendere Erhöhung des Devisenangebots würde aber sicherlich dann eintreten, wenn die Rahmenbedingungen der DDR-Wirtschaft so verändert würden, daß es bundesdeutschen und ganz allgemein westlichen Wirtschaftssubjekten lohnenswert und sicher genug erschiene, in der DDR zu investieren.

Hierzu bestehen grundsätzlich zwei Möglichkeiten: Zunächst einmal können sich westliche Unternehmen an DDR-Firmen beteiligen (joint ventures) oder Zweigniederlassungen in der DDR gründen. Einmal abgesehen davon, daß ein rechtlicher Rahmen für eine solche Zusammenarbeit in der DDR bisher nicht existiert, wird hiergegen häufig eingewandt, es komme zu einer „Überfremdung“ des jeweiligen Landes. Die Alternative besteht in der Anlage von Geld am Kapitalmarkt, der dann

als anonymen Mittler dafür sorgt, daß es an den Ort der produktivsten Verwendung fließt. Ein solcher Markt besteht aber in der DDR bislang nicht, so daß von dieser Seite her für die nähere Zukunft keine positiven Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung und auf das Devisenangebot (d.h. die Ost-Mark-Nachfrage) zu erwarten sind. Vielmehr bleibt nur die Möglichkeit, auf ausländische und internationale Kapitalmärkte zurückzugreifen, was dann aber den gegenteiligen Effekt einer erhöhten Devisennachfrage zur Folge hat.

Konvertibilität der Ost-Mark

Eine weitere Alternative wäre eine Strategie, bei der die DDR von ihrer umfassenden Devisenbewirtschaftung abrückt und zur Konvertibilität der Ost-Mark übergeht. Die damit verbundenen Probleme werden schnell deutlich, wenn man sich die Motive und das Funktionieren der gegenwärtigen Regelung vor Augen hält.

Das Devisenmonopol des Staates in der DDR hat zur Folge, daß DDR-Unternehmen bei Exporten erwirtschaftete Devisen abzuliefern haben und für Importe benötigte Devisen zugeteilt bekommen. Die so entstandenen Kosten oder Erträge werden dann zu internen Verrechnungspreisen umgerechnet, die sich aber in keiner Weise nach der Knappheit der betreffenden Güter richten, sondern vielmehr nach den Präferenzen der planenden Behörden. Auf diese Art und Weise verliert die DDR-Wirtschaft jeglichen (Preis-)Kontakt zu ausländischen Volkswirtschaften. Die Devisenbewirtschaftung stellt somit gegenwärtig nichts anderes dar als ein System gespaltener Devisenkurse – wobei unüberschaubar viele Kurse existieren, die zu politischen Zwecken mißbraucht werden.

Ein erster Schritt zur Überwindung eines solchen Systems müßte die Einführung eines einheitlichen Wechselkurses sein. Den Übergang zum Marktkurs scheut man jedoch in aller Regel, denn entweder rechnet man mit einem weit über dem Durchschnitt der früheren (gespaltenen) Werte liegenden Kurs, der die DDR dann einem starken Anpassungsdruck unterwerfen würde, oder man geht sogar von einem instabilen Devisenmarkt aus. In beiden Fällen befürchtet man häufig einen Anstieg der Kosten und in deren Gefolge wiederum der Preise, dessen Ausmaß von den oben bereits diskutierten Verhältnissen am Devisenmarkt abhängt. Dem stellt man auf der anderen Seite einen nur geringen Anstieg oder gar einen Rückgang der Exporteinnahmen gegenüber. Dieses Ergebnis beruht allerdings auf einem erheblichen Elastizitätspessimismus sowie der „motivierten Zahlungsbilanztheorie“.

Die „motivierten Zahlungsbilanztheorie“ geht von einem für Entwicklungszwecke exogen vorgegebenen Im-

portbedarf aus, den es unabhängig vom Wechselkurs zu befriedigen gilt. Ferner vernachlässigt sie in eklatanter Weise den monetären Charakter von Preisniveausteigerungen. Für die Exportseite nimmt man an, daß die mit der Abwertung verbundenen Preissenkungen vergleichsweise geringe positive Mengeneffekte nach sich ziehen, da es in der gegenwärtigen Entwicklungsphase der DDR nicht auf den Aktionsparameter Preis ankommt, sondern vielmehr auf das Produkt selbst, also auf die Qualität und das Styling.

So lange man allerdings als Reaktion auf solche Befürchtungen an einer überbewerteten Währung festhält, läßt sich bei fehlenden Devisenreserven und der Furcht vor einer Abwertung der Zahlungsbilanzausgleich auch bei einheitlichem Kurs nur durch Devisenbewirtschaftung herbeiführen. Bei dieser Schlußfolgerung vernachlässigt man allerdings, daß die alternative Möglichkeit einer privaten Finanzierung durch das Fehlen von Kapitalmärkten versperrt wird. Doch selbst wenn sich solche Märkte bilden könnten, würde die Überbewertung der Währung – je nach ihrem Ausmaß – den Kapitalzufluß in die DDR mehr oder weniger stark behindern.

Konvertibilität als Schrittmacher?

Hält man aber Konvertibilität und damit den Verzicht auf Devisenbewirtschaftung erst dann für möglich, wenn ein Land eine gewisse „Produktionsreife“ erreicht hat, dann wäre Konvertibilität der krönende Abschluß einer wirtschaftlichen Entwicklung analog etwa zur Integrationstheorie, wo sich ebenfalls die Anhänger der Krönungs- und der Schrittmacherhypothese gegenüberstehen. Im Gegensatz zur Integrationstheorie stellt sich bei der Konvertibilität jedoch die Frage, ob das krönende Ziel jemals erreicht werden kann, wenn man die heimische Wirtschaft auf lange Zeit ganz vom Druck der Auslandskonkurrenz isoliert, oder ihr zumindest falsche Preissignale zukommen läßt.

Diese Überlegung wiegt um so schwerer, je weiter der Wettbewerb im Inland degeneriert ist, was man wohl für die DDR annehmen kann. In diesem Fall wäre die mit der Konvertibilität verbundene preisgerechte Auslandskonkurrenz auf absehbare Zeit wohl die einzige Möglichkeit, um sich der ausländischen Leistungsfähigkeit anzupassen und die damit notwendigerweise verbundenen Umstrukturierungen aufzuzeigen.

Doch alle diese Anstöße bis hin zur Konvertibilität müssen ohne nachhaltige Wirkung bleiben, wenn man nicht zugleich auch eine Preisreform im Innern des Landes durchführt, die es ermöglicht, Knappheitsgrade über freie Preise zu signalisieren. Unter diesen Voraussetzungen ist dann aber zu erwarten, daß die Konver-

tilibilität in der DDR und auch in anderen osteuropäischen Ländern bei einem Einsatz im Sinne der Schrittmacherhypothese bessere ökonomische Ergebnisse verspricht als bei einem Einsatz im Sinne der Krönungshypothese. Nicht zuletzt das Erfordernis der internen Preisreform dürfte aber auch in erheblichem Maße für die ablehnende Haltung der DDR und anderer osteuropäischer Länder gegenüber der Konvertibilität verantwortlich sein. Geht man nicht nur zur Ausländerkonvertibilität, sondern auch zur Inländerkonvertibilität über, so erfordert spätestens dieser Schritt zusätzlich eine Bewältigung der monetären „Altlasten“ in Form der Horte, die spätestens zu diesem Zeitpunkt an den Devisenmarkt drängen werden. Der einzig gangbare Weg zum Abschöpfen dieses Geldüberhangs – wenn er nicht bereits vorher an westliche Devisenmärkte gewandert und/oder teilweise durch Preisfreigaben aufgezehrt worden ist – scheint eine Währungsreform zu sein, die das Potential der Horte drastisch vermindert.

Ausblick

Will man sich in der DDR nicht auch in Zukunft allein auf den – wie sich herausgestellt hat mangelnden – ökonomischen Sachverstand des Staates verlassen, dann läßt sich zusammenfassend folgender Maßnahmenkatalog für die Lösung der währungspolitischen Probleme aufstellen:

- Festlegung eines einheitlichen Wechselkurses der Ost-Mark, verbunden mit Preisreformen im Innern der DDR;
- Vermeidung einer zukünftigen inflationären Entwicklung, gegebenenfalls verbunden mit einer Währungsreform;
- baldiger Übergang zur Konvertibilität der Ost-Mark;
- Schaffung solcher Rahmendaten, die private Auslands-Investitionen in der DDR als lohnend und politisch sicher erscheinen lassen;
- Schaffung von Geld- und Kapitalmärkten.

Den hier angestellten Überlegungen und Vorschlägen hält man häufig entgegen, daß sie die politischen „Realitäten“ außer acht lassen. Die Aufgabe des Ökonomen sollte es aber gerade sein, Politiker immer wieder auf die ökonomisch sinnvollste Lösung hinzuweisen und für den Fall, daß diese – aus welchen Gründen auch immer – nicht realisierbar erscheint, die mit anderen Lösungen verbundenen Kosten aufzuzeigen. Dabei ergeben sich diese Kosten im vorliegenden Fall bei weitem nicht nur in der Bundesrepublik, sondern insbesondere auch in der DDR, wo falsche Maßnahmen eine wirtschaftliche Gesundung entweder ganz verhindern oder doch zumindest stark verzögern können.